

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garnoud-Spaltenzelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Jänner d. J. den Dr. Phil. Eduard Böhl, Licenciaten und Docenten der Theologie an der Universität zu Basel, zum ordentlichen Professor der reformirten Dogmatik und Symbolik an der evangelisch-theologischen Fakultät in Wien allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Ministerium des kaiserlichen Hauses und des Aeußern hat im Einvernehmen mit jenem des Handels den ersten Kanzler des kaiserlichen Konsulats in Konstantinopel, Rudolf F i l e f, zum Generalkonsulatskanzler in Alexandrien ernannt.

Das Justizministerium hat den Staatsanwalts-Substituten des Landesgerichtes in Troppan, Friedrich G e l b f u h s, zum Staatsanwalt mit dem Dienstcharakter eines Kreisgerichtsrathes bei dem Kreisgerichte in Teschen ernannt.

Das Justizministerium hat die bei dem k. k. Landgerichte in Triest erledigte Rathsklektärsstelle dem dortigen Gerichtsadjunkten Dr. Michael Z e r m a n, verliehen.

Das k. k. Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wiederwahl des Nicolo M a z z o l i n i zum Präsidenten, und des Luigi M o n i zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Treviso bestätigt.

Am 30. Jänner 1864 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das III. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 6 die Nachtragskonvention vom 1. November 1863 zu dem Vertrage über die telegraphische Korrespondenz zwischen dem deutsch-österreichischen Telegraphenvereine und der Schweiz vom 26. Oktober 1858 (Abgeschlossen zu Bregenz am 1. November 1863; von Sr. k. k. Apostolischen Majestät ratificirt am 29. December 1863. Die gegenseitigen Ratifikationen wurden am 19. Jänner 1864 zu Wien ausgewechselt.)

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Reichsgesetzblattes

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 31. Jänner.

Die Berichte über die bereits drei Sitzungen hindurch währende parlamentarische Schlacht im Abgeordnetenhaus, hervorgerufen durch die Kreditforderung der Regierung und durch die Herbstliche Resolution, absorbiren den weissen Raum in den Journalen, und lassen selbst die Nachrichten von der Eider momentan zurücktreten, zumal diese noch wenig Interessantes enthalten, denn die Aufstellung der österreichisch-preussischen Truppen ist noch nicht vollendet und ein Vorgehen derselben vor dem 6. Februar nicht leicht möglich. Bis es daher zu einem Schlachtberichte von dort kommt, fesseln die Schlachtberichte aus dem Abgeordnetenhaus unser Interesse.

In der Generaldebatte, die jetzt geschlossen ist, haben 15 Redner gesprochen, außerdem der Berichterstatter, und Herr v. Biegeleben als Vertreter der Regierung. Sieben Abgeordnete haben die Resolution vertheidigt, acht haben dieselbe angegriffen. Zu den Ersten haben die besten Redner im Hause gehört, unter den Letzteren waren es namentlich Baron Lini und Freih. v. Pratoberera, die Effekt machten. Der

Mann, der seine besten Lebensjahre dem Dienste des Staates und der Gerechtigkeit gewidmet hatte, der erste konstitutionelle Justizminister, sprach über das konstitutionelle Recht des Volkes mit solcher Wärme und Lebendigkeit, daß sie, wie die „Oest. Ztg.“, der wir nachstehende Streiflichter entnehmen, sagt, vollkommen mit der berühmten Rede des Grafen Anton Auersperg im Herrenhause in Parallele gestellt zu werden verdient. Am dritten Schlachttag traten gegen die Resolution die Herren Sartori und Brojche, für dieselbe der Abg. Herbst ein.

In der Montagsitzung werden vermuthlich Redberg und Schmerling sprechen.

Noch waren einige Redner eingeschrieben, aber man beschränkte sich darauf, nur zwei derselben als Generalredner zu hören. Kaiserfeld sprach mit der ihm eigenen feinen, alles Verlegenden baren Manier, aber er war heute erregter als gewöhnlich; denn was er sprach, ging ihm vom Herzen. Sein Standpunkt ist ein vorwiegend deutscher. Er will, daß Oesterreich an der Spitze von Deutschland die Ausschauungen der badischen Regierung durchgeführt hätte. Dieser Standpunkt mag der unrichtige sein, aber der Mann meint es redlich und ehrlich; seine Worte kommen aus einem patriotischen Herzen. Deshalb machten sie auch einen tieferen Eindruck als manche andere, vielleicht glänzendere, aber minder edlen, Motiven entsprungene Rede.

Wunder glücklich war Dr. Ryger, der gegen die Resolution sprach; er hatte seine drastische Weise abgelegt, und sich zu viel des Breiten in historischen Beziehungen ergangen. Aber auch der Berichterstatter Biskra vermochte nicht die gespannten Erwartungen, die er erweckt hatte, zu befriedigen. Er sprach lange, sehr lange, mit dem Aufwande aller oratorischen Mittel, die ihm in so reichem Maße zu Gebote stehen, überwiesen und überzeugt dürfte er wohl Niemand haben.

Die begonnene Spezialdebatte zeigte allsogleich, wie wenig Jene, welche die Regierung über Hals und Kopf in die deutsche Bewegung stürzen mochten, festen Standpunkt gewonnen haben. Wir lassen darüber den Sitzungsbericht sprechen.

74. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 28. Jänner.

(Schluß.)

Abg. Dr. Berger. Um Mißverständnissen vorzubeugen, erkläre er, er sei nicht gegen den Standpunkt des Ausschusses, er sei mit seinen Prämissen einverstanden, ziehe aber andere Folgerungen aus denselben, die er in seinen Anträgen niederlegen werde. Er wolle weder Gefühls- noch Konfliktpolitik treiben; seine Politik sei die des Rechts und der materiellen Interessen. Er schwärme nicht für den Herzog von Augustenburg, besonders seit er den gewissen Schreibebrief absandte, aber höher stehe ihm das Recht des Augustenburgs, wenn ein solches bestehe, denn dieses ist das Recht der Herzogthümer und somit Deutschlands. Jede deutsche Frage sei aber auch eine österreichische und müsse von österreichisch-deutschem Standpunkte beleuchtet werden. In eine Kritik der Regierungspolitik eingehend, erklärt Redner, der Bund, der kein „tadelloses Vorleben“ hatte, sei erst durch die Klotzsch'sche Frage zum Leben erwacht und habe sich zu einer Aktion aufgerafft, welche ganz Deutschland hinter sich hat. Die Vormächte protestiren aber gegen die Aktion des Bundes, nehmen sie selbst in die Hand und kränken das deutsche Volk. Die Form des Bundes sei zerstört und werde sich nicht wieder herstellen lassen.

Auf die Allianz mit Preußen eingehend, sagt Redner, die Truppendurchzüge hätten gezeigt, daß das preussische Volk keine Antipathie gegen Oesterreich

hatte, und wenn es solche hatte, wurde sie zur Sympathie erwärmt. Aber Bismarck, der jetzt Preußen ist, sei ein Feind Oesterreichs und mit ihm dürfe die österreichische Regierung, die in dem Staatsminister so glänzend repräsentirt ist, nicht gehen. Die Prinzipien der preussischen Regierung seien Feindschaft gegen Oesterreich, der Hauptgrund, daß deutsche Einheit unmöglich ist, und deshalb bedauere er die Allianz. Italien begrüße die deutsche Veruneinigung mit Freuden. Was Frankreich betrifft, blähe der bonapartistische Weizen auf allen Feldern. Napoleon finde der zerrissenen Verträge genug und den Weg zu Konferenzen. England sehe die Aktionspolitik Oesterreichs und Preußens als einen Fall an, der ihm die Möglichkeit biete, eine Konvention zu schließen, und wenn man den englischen Blättern trauen darf, stehe eine solche zwischen England, Frankreich und Rußland in Aussicht.

Die Regierungspolitik könne also nicht als solche bezeichnet werden, die den Frieden sichert. In Folge dieser Politik werde Oesterreich wieder isolirt dastehen, denn von Preußen werde es bei Seite geschoben werden, sobald man es nicht mehr braucht.

Redner bekämpft die Gültigkeit des Londoner Protokolls vom juristischen Standpunkte, weil dieses den Grundgesetzen der Bundesakte (§. 11 Abs. 3 und Art. 11 der Wiener Schlussakte) entgegenstehe, und analysirt die Bestimmungen dieses Protokolls, aus welchen hervorgehe, daß man jede Successionsfrage schon im vornhein todtkipulirt habe, obzwar man behaupte, die Prüfung der Successionsfrage bleibe vorbehalten. Was habe den Bund abgehalten, in die Prüfung einzugehen, was drängte zur Aktion, bevor die Frage erledigt worden war?

Der Ausschuss mache der Regierung Unbestimmtheit der Ziele zum Vorwurf, er sage, die Regierung habe ein festes Ziel, nämlich die Durchführung der Protokollpolitik gegen die Bundespolitik. Aber, abgesehen von dem Rechtsstandpunkte, habe Oesterreich, wenn man es sich bloß als Großmacht denke, an der Integrität Dänemarks gar kein Interesse. Er sei überzeugt, Preußen hätte allein nicht agirt und hätte, wenn Oesterreich in Verbindung mit den Mittelstaaten Bundespolitik getrieben, sich auch fügen müssen. Redner zitiert noch die Worte, mit welchen der Minister des Aeußern seinerzeit die Rechbauer'sche Interpellation beantwortete, und wendet sich dann gegen die im Ausschussantrage enthaltene Verwahrung gegen die Verantwortung dieser Politik, diese Verantwortung könne dem Hause nicht zugemuthet werden und werde ihm nicht zugemuthet. Deshalb stelle er den Antrag, daß der zweite Satz des Ausschussantrages wegfalle und dafür Folgendes gesetzt werde: „und empfehle der Regierung, in eine der Stellung Oesterreichs im deutschen Bunde entsprechende Politik einzulernen.“ Würde dieser Antrag angenommen, dann beantragt er im Art. 1 des Gesetzes dem Kriegsmiister einen außerordentlichen Kredit von unbestimmter Höhe zu bewilligen, sollte er aber nicht angenommen werden, dann sei nichts zu bewilligen, als der Matrikularbeitrag, welcher mit 1.571.750 Gulden ausgemittelt ist.

Abg. Dr. Prinz. Auf was es ihm zunächst ankomme, das sei, gegen den Vorwurf aufzutreten, den der geheime Rath von Biegeleben heute gegen Deutschland ausgesprochen, nämlich den Vorwurf, daß die ganze Bewegung in Deutschland Tendenz- und Nationalitätspolitik sei. Er gebe zu, daß die Bewegung eine nationale sei in jenem Sinne von Radowitz, wonach nationale Bewegung etwas Herrliches wird, wenn das Recht ihren Mittelpunkt bildet (Nuse: Sehr gut), und er erachte es als seine Aufgabe, darzulegen, daß Deutschland, das deutsche Volk und der Bund auf dem Rechtsstandpunkte stehen. Er wolle bei Seite lassen, was alles den Vorwurf zu entkräften geeignet wäre, daß man in Deutschland zu

multinational vorgeht, daß man ein Urtheil fällt noch bevor entschieden ist, er wolle nicht davon sprechen, daß heute keine Frage vorliegt, über welche irgendein Gericht zu entscheiden hat, er wolle davon schweigen, daß in Deutschland ein Vereinsrecht ist und in Folge dessen natürlich eine lebhaftere Bewegung sich entspinnt als bei uns. Er wolle vom Londoner Protokolle absehen, dem gegenüber sich Deutschland dem mexikanischen und griechischen Volke gleichgestellt sieht. (Rufe: Bravo, sehr gut.) Er werde Umgang nehmen davon, daß in Deutschland nach seiner eigenen Wahrnehmung ein Geipensß umhergehe, nämlich das Geipensß vom Jahre 1851, jene unverantwortliche Aktion der heillosen Auslieferung der Herzogthümer und seiner Rechte an Dänemark.

Redner beleuchtet nun eingehend den Rechtsstandpunkt der Frage, bekämpft die vom Regierungsvertreter vorgebrachten Gründe und sagt u. A.: Man habe bezüglich des Mannesstammrechtes der beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein heute Gründe hier ausgesprochen, von denen man nicht begreifen könne, wie es möglich ist, sie auszusprechen. (Rufe: Hört! hört!) Es ist hingewiesen worden auf das Londoner Protokoll, als auf etwas, was im Stande sei, ein Erbsolgerrecht zu ändern und die Integrität einer ganzen Monarchie, abgesehen vom Successionsrecht, als etwas Bindendes hinzustellen. Es sei unbegreiflich — etwas Rechtswidrigeres könne man nicht proklamiren (Rufe: Hört! hört!), als wenn man mit der völkerrechtlichen Behauptung auftritt, es liege in der Macht und dem Rechte irgendwelcher Großmacht oder aller zusammen, die nicht bloß auf dem Kontinente, sondern auch in Asien sind (Heiterkeit), eine Integrität zu konstruiren, wo die Erbfolge ein Recht gegen diese Integrität ist.

Es ist neulich hier von einem Mitgliede des Hauses darauf hingewiesen worden, daß in dem Londoner Vertrage an und für sich in der That das Gesetz und der dafür gesammelten Verträge eine Art pragmatische Sanktion liege, und man hat geglaubt, das Haus dadurch vielleicht für den Vorgang Dänemarks und der mit ihm verbündeten Mächte gewinnen zu können, allein diejenigen thun der pragmatischen Sanktion keine Ehre, wenn sie sie vergleichen mit dieser dänisch-englischen großmächtlichen Aktion, denn gerade das Umgekehrte, was dort stattfand, ist hier geschehen. Bei der pragmatischen Sanktion hat man von Jungen angefangen. Die Gewissenhaftigkeit, die Genauigkeit, mit welcher man die Rechte der Völker, der österreichischen Völker vor Allem zufriedenzustellen trachtete, die kann nicht genug gepriesen werden. (Bravo, Bravo) Und erst, nachdem man im Innern fertig war, ist man nach Außen gegangen und hat Garantien gesucht. Diesmal war es der umgekehrte Weg. Man ist mit der Großmächtigkeit vorangegangen (Bravo, Bravo) und hat das kleine miserable Recht ganz zuletzt gelassen. (Lebhafte Beifall.)

Nachdem Redner noch den Beweis zu führen sucht, daß man nicht ohne gute Gründe ist, wenn man glaubt, die Augustenburger Linie sei berechtigt in Schleswig und in Holstein, fährt er fort: Nach Angabe des Ministeriums selbst ist es ein rechtlicher Standpunkt einerseits und dann ein politischer, den sie einnimmt, und da habe er (Redner) sich gefragt, ob es denn in irgend einer Sache und zu derselben Zeit überhaupt einen doppelten Standpunkt gebe, den man einnehmen könne, ob es überhaupt innerlich möglich sei, daß einer sage, ich habe in derselben Sache einen doppelten Standpunkt, und ob er nicht vielmehr dem Schiffe gleich, das unmöglich zu gleicher Zeit zweierlei Richtungen einnehmen kann, so daß in der That nur zwei Möglichkeiten gegeben sind, daß man entweder keinen Standpunkt hat, oder daß man wirklich nur einen Standpunkt hat und neben dem wirklichen einem scheinbaren, und in dieser Lage befindet sich die Regierung. Sie hat wirklich nur einen politischen Standpunkt, und den rechtlichen, den sie zu behaupten hat, gibt sie bewußt oder unbewußt als rechtlichen an, während er in der That gar nicht existirt. Das der rechtliche Standpunkt, den sie einnimmt, lediglich ein scheinbarer ist, das zu beweisen beschränkte er sich darauf, daß man auf die Stipulationen von 1851 bekehrt. Diese Stipulationen fordern ein Minimum von dem, was für die Herzogthümer angesprochen werden kann, was ihnen, dem Rechte nach objektiv betrachtet vielleicht in diesem Augenblicke schon gehört.

Wie kann nun Derjenige den Rechtsstandpunkt einnehmen, der bei seiner Aktion die Erfüllung des Minimums eines Rechtes in Anspruch nimmt. Er wolle auf die Aeußerungen des Grafen Rechberg hinweisen, welche von seiner Seite im Finanzausschusse gemacht worden sind. Wenn ein Advokat, bemerkte Se. Erz., für seinen Klienten, anstatt die volle Forderung zu verfolgen, gleich im vornherein mit einem Minimum sich begnügt, das wäre kein guter Advokat. Er (Redner) glaube, Se. Erz. wollen entweder gar kein Advokat sein oder ein guter Advokat. Ein guter Advokat sind nun Se. Erz. im gegebenen Falle ent-

schieden nicht. Er (Redner) glaube, Se. Erz. sind eben nicht Advokat und nicht Vertreter eines angesprochenen Rechtes, sondern er glaube, Oesterreich habe in dieser Frage, anstatt der Hori und der Schutz des Rechtes zu sein, statt der erste Vertreter des deutschen Rechtes zu sein, die Rolle eines Zwischenhändlers übernommen. (Bravo! Bravo! Sehr gut.)

Wäre das nicht der Fall, hätte man den Rechtsstandpunkt angenommen, einfach und gerade, wie er vorlag, so wäre man durchaus nicht veranlaßt gewesen, sich sofort auszusprechen für das, was Rechtens sei, aber man hätte sich in die Erörterung der Sache von allem Anfang eingelassen und man würde nicht Aktionen begonnen, Rechte durchzusetzen gesucht haben, welche in dem Verhältniß eines Präjudizes gegen das zu prüfende Recht stehen, denn das sehe er (Redner) ein, daß man zu gleicher Zeit nicht die Erfüllung der Stipulation betreiben und die Successionsfrage offen halten könne. Entweder ist das ein Widerspruch und das letztere ist nicht wahr, oder man schlägt Dänemark gegenüber ein Verfahren ein, das selbst er (Redner) Dänemark gegenüber nicht einschlagen möchte. Man sagt in diesem Falle: gib mir für die Herzogthümer ein bißchen etwas heraus und wenn du es herausgegeben hast, dann nehme ich dir das Herzogthum selbst. (Heiterkeit.) Ob das die geheime Intention ist, das wage er nicht zu behaupten; es wäre äußerst scharfsinnig (anhaltende Heiterkeit), aber er möchte doch diese Politik nicht empfehlen, und auch das, was man heute hier im Hause gehört habe, lautet durchaus nicht nach der Art, als ob man noch irgend etwas auf dem Herzen behalten hätte. Redner wisse, daß es unendlich schwerer sei zu handeln als zu reden, aber in der vorliegenden Frage bliebe eine Wahl, was man thun solle, gar nicht übrig. So lange man Mitglied des Bundes ist, muß man die Bundespflichten erfüllen und es war vor Allem nothwendig, nach der Bundesakte zunächst das Herzogthum Holstein zu sichern für den Fall, als es künftighin ein selbstständiger, also jedenfalls zu Deutschland inniger gehöriger Theil werden sollte, als wenn es bei Dänemark bleibt.

Was bezüglich Schlesiens zu geschehen hätte, das ist eine weitere Frage. Wäre in Folge einer gründlichen Prüfung der Herzog von Augustenburg wirklich Herzog von Holstein geworden, dann hätte sich die Sache in das ganz bekannte bundesmäßige Geleise von selbst gefügt. Durch das Londoner Protokoll konnte sich die Regierung nicht binden lassen. Entweder gilt alles Das, was Dr. Berger gegen das Londoner Protokoll gesagt hat, dann ist die Sache von selbst klar, oder, wenn man annimmt, die Regierung sei durch das Londoner Protokoll gebunden, so ist sie doch als Bundesgenosse ihrer Pflicht nicht entbunden, und so lange das der Fall ist, müsse sie sich den Beschlüssen des Bundes, so lange sie in ihrer Kompetenz bleiben, fügen. Daß der Bund diesen Schritt der Inkompetenz schon gethan hätte oder gethan hat, konnte von keiner Seite aus erwiesen werden. Dem gemäß sei er (Redner) nicht in der Lage, mit dem Vorgange, den die Regierung eingeschlagen hat, zufrieden zu sein.

Er rüfte ferner der Anschauung Derer bei, die da glauben, es handle sich um einen Gegenstand, dem gegenüber dieses hohe Haus unmöglich schweigen könne, wenn es sich nicht mundtot machen will, Etwas muß ausgesprochen werden.

Mögen die Herren, welche gegen die Resolution sind, sich ermannen, und mögen sie eine Anerkennung aussprechen, er (Redner) vermag es nicht. Da nun gesprochen werden muß, so werde er sich dem tadelnden Votum anschließen.

Schließlich bemerkt Redner in Bezug auf die Resolutionen selbst, namentlich diejenige, welche vom Finanzausschusse gestellt wurde. Folgendes: Nach dem Wortlaute dieser Resolution ist es nicht die Okkupation an und für sich, welche mißbilligt werden will. Man darf nicht fürchten, daß wir um dessentwillen dem österreichischen Heere gegenüber in irgend eine Kollision unserer Pflichten oder unserer Anhänglichkeit und Theilnahme kommen. Dasjenige, was nicht gebilligt wird, ist lediglich der Vorgang bezüglich der Okkupation. Also mißbilligt wird Dasjenige, was am 14. Jänner und im Zusammenhange damit bereits am 7. December in Präjudiz gegen das Recht und in Entzweiung mit dem Bunde geschehen ist. Das kann von österreichischem Interesse aus nicht gebilligt, und zwar laut und ausdrücklich nicht gebilligt werden. (Lebhafte Beifall links.)

Ueber Antrag Steffens wird die Sitzung um 3¹/₂ Uhr geschlossen.

75. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 29 Jänner.

Auf der Ministerbank: Rechberg, Schmerling, Mecsery, Vasser, Pleuer, Burger, Hein, Hofrath von Diegeleben (Min. des Aeußern)

In der Hofloge: Erzherzog Rainer.

Nach Vorlesung des Protokolls wird zur Fortsetzung der gestrigen Debatte über den Nachtragskredit von 10 Millionen geschritten.

Graf Brinck spricht gegen die Resolution, wozu soll sie führen? Soll man die Truppen zurückrufen angeht der feindlichen Vorposten? Die Regierung habe so handeln müssen, wie sie handelte und das Parlament müsse der Regierung ihre Verantwortung überlassen, sie aber nicht drängen, die begonnene Aktion zu unterbrechen. Es sei kein Angriffskrieg; der Angriff gehe seit Jahren von Dänemark aus, welches seinen Verpflichtungen nicht nachkam. — Man werfe der Regierung vor, daß ihre Politik eine ziellose sei. Er, der im Jahre 1846, als der offene Brief erlassen wurde, Vertreter des kais. Hofes in Kopenhagen war, könne versichern, daß nur der Schutz deutschen Rechtes das Ziel der kaiserlichen Politik war, mit diesem Mandat sei er damals nach Kopenhagen gesandt worden. Redner beleuchtet die Kompetenz des Bundes betreffs Schleswig und sagt, daß es bloß Oesterreich und Preußen zukam, für Schleswig einzuschreiten. Er müsse in dieser Richtung der Regierung keine Anerkennung aussprechen. Es sei auch nicht zu erwarten, daß mit den anderen Großmächten Komplikationen entstehen können, so lange Oesterreich und Preußen auf dem Boden der Verträge sich bewegen. Was die Erbfolge betrifft, sei sie betreffs Holstein offen, es frage sich aber noch, ob der Bund kompetent sei, über Erbfolgefragen zu sprechen. Es existire ein Präjudiz, nämlich die badische Erbfolge, welche im internationalen Wege gelöst wurde. Betreffs Schleswig sei die Erbfolge jedenfalls eine internationale. Er begrüße es mit Freuden, daß die beiden deutschen Großmächte zusammenstehen, um Schleswig sein Recht zu verschaffen, sie mußten sich zur Regelung dieser Frage zusammenfinden, da sie seinerzeit den Krieg mit einander führten. Sich gegen die Resolution wendend, sagt Redner: man votire das Gesetz und überlasse die Verantwortung der Regierung, welche diese zu tragen sich bereit erklärte. Niemand werde einfallen, das Haus für Aktionen der Regierung verantwortlich zu machen.

Dr. Rechbauer: Die Volksvertretung müsse sich fragen, ob die Opfer, die zu bringen sind, zum Wohle des Staates nothwendig sind, und er müsse seine Ueberzeugung dahin aussprechen, daß ihm die Politik, die mit dem 14. Jänner inaugurirt wurde, und das Zusammengehen mit dem Bismarck'schen Preußen für Oesterreich unheilvoll scheine. Oesterreich und Preußen haben nicht das Recht einzuschreiten, das Recht siehe nur dem Bunde zu. Man sagte, Oesterreich und Preußen können sich nicht majorisiren lassen; sei aber der Bund ein Unding, dann brauche man keine Bundesversammlung, denn dann sind die Mittelstaaten nur da, um die Meinung der deutschen Großmächte einzuholen. Wie vereinigt man das damit, daß Se. Majestät in Frankfurt erklärte, er werde sich majorisiren lassen. Man sagte, der Bund sei in dieser Frage nicht kompetent, dieß glaube aber selbst Oesterreich und Preußen, denn dadurch, daß sie am Bunde den Antrag einbrachten, anerkannten sie schon seine Kompetenz. Wenn Oesterreich sich auf den Großmächtestandpunkt zur Durchführung des Londoner-Protokolls stellt, so gibt es dadurch dem Auslande Gelegenheit, sich einzumischen in eine rein deutsche Frage. Oesterreich stelle sich durch seine jetzige Politik auf den Isolirschimmel und entferne sich abermals von seinen alten Freunden und natürlichen Bundesgenossen. — Der Regierungsvertreter sagte, der Wunsch nach Trennung Schleswig-Holsteins von Dänemark sei sehr jung — dieß sei wahr, er sei aber so alt, als das Recht dazu. So lange das alte Königshaus regierte, dachte man nicht an Trennung, mit dem Aussterben desselben erlangte man das Recht. Durch das Festhalten am Londoner Protokoll stelle sich Oesterreich auf den dänischen Standpunkt gegen Deutschland. Oesterreich verliere durch seine Politik den einzigen verlässlichen Freund, den es hatte, nämlich die deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Oesterreich hatte sich in jüngster Zeit alle Sympathien Deutschlands erworben, diese verwandelt sich in Groll. Man habe der Bewegung den Vorwurf gemacht, sie sei revolutionär; wenn man die besten Männer Deutschlands, die ersten Rechtslehrer, die Könige von Belgien und Sachsen, welche der Bewegung vorangehen, als Revolutionäre bezeichnet, dann nenne er sich auch einen solchen. — Durch das Vorgehen Oesterreichs und Preußens werde der Weltkrieg nicht vermieden, sondern herbeigeführt. Er könne das Vorgehen der Regierung nur als unheilvoll beklagen, und die Volksvertretung könne da nicht schweigen. Die Folgen werde nicht die Regierung, sondern das Volk tragen, und da müssen die Volksvertreter ihre Stimmen erheben. Er stimme daher für die Resolution und glaube, daß der Antrag Dr. Berger's als Zusatz zu derselben behandelt werde. Was die Ziffer betrifft, stimme er für den Ausschusstrat, weil dieß eine völkerrechtliche Pflicht Oesterreichs sei.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien. Sr. Majestät der Kaiser Ferdinand haben für die Kirche zu Weltrub bei Kolin 200 fl. zu dem Behufe zu spenden geruht, daß ein Kreuzweg daselbst errichtet werde.

— Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna haben für die wärmere Bekleidung der nach Holstein abgehenden Truppen 400 fl. zu bestimmen geruht.

Ausland.

Leipzig, 29. Jänner. Die holsteinische Landesdeputation ist gestern Abends eingetroffen und wurde festlich empfangen. Sie entsendete heute zehn Mitglieder nach Dresden, um dem Könige, als warmem Freunde und Beschützer ihrer Sache, den Dank und die Bitte um fortdauernde Unterstützung auszusprechen.

Leipzig, 29. Jänner. Nach einem Dresdener Telegramme der „Deutsch. Allg. Ztg.“ wird die holsteinische Deputation, bestehend aus 10 Mitgliedern, morgen früh vom Könige und vom Herrn v. Beust empfangen. Die Gesamtdeputation ist heute früh direkt nach Holstein zurückgekehrt.

Stuttgart, 29. Jänner. In der Antwort des Königs auf die Adresse der Volksversammlung heißt es unter Anderem: Der König habe die Wünsche der verfassungsmäßigen Volksvertreter bezüglich Schleswigs-Holsteins gerne beachtet; er könne aber um so weniger sich mit Privaten in die Erörterung einer Sache einlassen, deren Beurtheilung eine genaue Kenntniß der Verhältnisse bedinge.

Stuttgart, 29. Jänner. Der heutige „Staatsanzeiger“ meldet aus Berlin, daß ein Allianzvertrag zwischen Dänemark und Schweden abgeschlossen worden sei, nach welchem 35 000 Schweden zur Vertheidigung Schleswigs in Dänemark einrücken würden.

Berlin, 29. Jänner. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet: Die für heute Abends angeordnete Abreise des Kronprinzen nach den Herzogthümern ist, wie verlautet, verschoben worden.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Heute Mittags fand ein Kabinettsconseil unter dem Voritze des Königs und im Beisein des Kronprinzen statt, es dürfte sich zunächst um die schleswig'sche Angelegenheit gehandelt haben.

Der „Staatsanzeiger“ meldet: Der König nahm heute einen Brief des F.M. Wrangel aus dem Händn eines Adjutanten des letzteren entgegen.

Hamburg, 29. Jänner. Die heutigen „Hamburger Nachrichten“ melden: Den Gutsbesitzern und Bauern des Güterdistrictes „Dänisch-Wohld“ ist wegen Nichtlieferung der ausgeschriebenen Lieferungen für das Ende d. M. die Execution angedroht worden. Zu Anfang dieser Woche wurde eine ganze Brigade nach Eckernförde detachirt. Die Schanzen bei Kochendorf werden hergestellt und neue aufgeworfen.

Hamburg, 29. Jänner. (Temperatur: Barometer sehr gestiegen, 1 Grad Kälte, scharfer Nordostwind.) Aus Kopenhagen wird gemeldet: Ein Artikel des „Dagbladet“ vom 26. tadelt den Minister Monrad wegen der Ernennung Quaade's und Johannsen's, welche „Dagbladet“ als der gesamtstaatlichen reactionären Schule angehörend bezeichnet. Dieselben wünschten vor Allem die Herstellung des gesamtstaates und würden, um diesen zu erreichen, sehr große Opfer bringen.

Der Panzerschooner „Absalon“ ist mit zwei Transportbooten nordwärts, die Schraubenfregatte „Heimdal“ südwärts abgegangen.

Die „Flensburger Ztg.“ meldet: Heftige Westwinde haben die Buchten und Förden an der Ostküste eisfrei gemacht. Täglich kommen Dampfboote mit Militär an, welches nach eintägiger Rast südwärts zieht. Auch auf dem Landwege dauern die Truppen-durchmärsche fort.

Hamburg, 29. Jänner. Die Dampfsschiffahrt ist wieder eröffnet. F.M. Wrangel ist heute Morgens nach Bordesholm abgereist. Für Sonntag sind 10.000 Mann preussische Gardetruppen unter dem Kronprinzen von Preußen hier angesagt.

Hamburg, 29. Jänner. Die Dänen ziehen sich aus dem Kronwerk von Rendsburg und den sechs jenseits der Eider gelegenen Dörfern mit Hinterlassung kleiner Waisposten nach Düsenstedt zurück.

Kiel, 28. Jänner. Das preussische Oberkommando requirirt mehrere hundert Wagen.

Die heutigen schleswig-holsteinischen Blätter schreiben: Die holsteinische Ständeversammlung soll zunächst zu dem Zwecke einberufen werden, um die Einsetzung der neuen herzoglichen Landesregierung nachträglich zu genehmigen.

Kiel, 29. Jänner. Die holsteinische Landesregierung gab dem Rendsburger Magistrat den Auftrag, auf Kosten der preussischen Regierung ein Lazareth für tausend Mann herzustellen.

Paris, 29. Jänner. Der gesetzgebende Körper hat heute die Adresse mit 234 gegen 12 Stimmen votirt.

London, 29. Jänner. Heute in Southampton

aus Mexiko eingelangte Nachrichten melden: Juarez, von Marquez und Mejia bei San Luis und Morelia völlig geschlagen, ist flüchtig. In Santiago de Chili hat eine Feuerbrunst die Hauptkirche zerstört, wobei 2000 Menschen umkamen.

London, 29. Jänner. „Morningpost“ erklärt alle neuesten umlaufenden Gerüchte von einer Ministerkrisis und der Resignation Lord Russell's für vollständig grundlos. — „Morning Herald“ versichert, Lord Russell habe resignirt.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 1. Februar.

Der vorigen Samstag in den Schießstättelokalitäten abgehaltene Narrenabend der Säger, Turner und Schützen, an welchem sich mehr als 200 Personen beteiligten, ist über alle Erwartung glänzend, heiter und seinem Zwecke entsprechend ausgefallen. Die Stimmung war mehr als animirt, sie war echt „narrisch“; allgemein hörte man sagen: „so Etwas ist in Laibach noch nicht dagewesen.“ Eine Beschreibung, selbst die detaillirteste, vermag dem Leser nur ein schwaches, blasses Bild des Ganzen zu bieten; wir werden in den nächsten Plandereien versuchen, eine möglichst getreue Schilderung zu geben. Für heute wollen wir nur erwähnen, daß die brillianteste Piece eine von 18 Rittern und Sarazenen gerittene Quadrille war, welche den ungetheiltesten Beifall fand. Wie wir hören, ist beschlossen worden, das Caroussel auf dem, für nächsten Sonntag projectirten Mastenballe nochmals aufzuführen, was jedenfalls diesem eine größere Anziehungskraft verleihen dürfte. Viele der am Narrenabende am meisten Effect gemacht habenden Masken werden ebenfalls erscheinen.

— Wie uns mitgetheilt wird, hat Herr A. Karinger hier für zwei, Sr. Majestät dem Kaiser übersendete Gemälde, die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft erhalten.

— Heute Früh gegen 3 Uhr fand bei St. Florian ein Kauferschiff statt, wobei ein Excedent, mit einem Messersische schwer verwundet, auf dem Plage liegen blieb.

— Gestern Früh wurde in der Franziskanerkirche einer Frau ein Porte monnaie mit einiger Baarschaft entwendet.

— Vor einigen Tagen wurde vom Hause Nr. 2 in der Kapuziner-Vorstadt ein kupfernes Ablaufrohr im Werthe von 30 fl. abgerissen und gestohlen. Es wurde aber sammt den Thälern und Theilnehmern, den gerichtsbekanntem Tagelöhnern Franz Meyer, Johann Boben und Anton Soop zu Stande gebracht.

— Der dienstlose Knecht Josef G. hat mehreren hiesigen Ansassen unter dem betrügerischen Vorwande, daß er eine Erbschaft gemacht habe, und zur Durchführung derselben Geld benötige, 111 fl. entlockt und das Geld durchgebracht. Er wurde dem Landesgerichte überliefert.

— Den 25. v. M. verstarb zu St. Jobst, im Bezirke Oberlabach, der Dienstknecht Josef M., wie es schien, an einer Gedärmenzündung, und wurde anstandslos begraben. Auf das Gerücht, daß er vergiftet worden sein dürfte, wurde die Leiche exhumirt, und gerichtlich sichergestellt, daß er nach dem Genusse eines vergifteten Ruchens, welchen ihm sein eigener Bruder gereicht haben soll, plötzlich erkrankte und verstarb. Dieser wurde sogleich verhaftet.

— Am 28. Jänner Abends fuhr der 24jährige Sohn des Grundbesitzers Derganz von Lofe in Unterkrain, welcher in der v. Langer'schen Mühle bei Silberdorf als Mühlburche dient, mit seiner Schwester Marie über die Gurl nach Salog. Der Kahn schlug um, das Mädchen wurde gerettet, der Burche aber ertrank; man fand seinen Leichnam nach halbständigem Suchen. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

— Aus Gottschee wird uns die Antwort mitgetheilt, welche Sr. Erzellenz Graf A. Auersperg auf die von dort erhaltene Adresse gesendet hat. Sie lautet:

Hochgeehrte Herren! Die freundlich anerkennenden Worte, welche Sie in Ihrer Zuschrift vom 17. d. M. an mich zu richten die Güte hatten, mußten in meinem Gemüthe das unverfälschte Echo des wärmsten und lautersten Dankes wecken.

Wer von seinem Geschick auf die Bahnen des öffentlichen Lebens gestellt wurde, der wird die mitunter schwierigen Pfade mit Veruhigung und Ausdauer zu wandeln vermögen, wenn ihn das Bewußtsein besetzt, daß die von ihm eingeschlagene Richtung sich der Zustimmung einsichtsvoller und vorurtheilsfreier Mitbürger zu erfreuen hat. Ermunternde Zusätze dieser Art, wie der Ihrige, und aus so verschiedenen hochachtbaren Berufskreisen hervorgegangen, können seinen Geist nur mit höherer Zuversicht erfüllen, seinen Schritten nur größere Sicherheit verleihen. Aber auch das Herz fühlt sich in wohlthuernder Weise gestärkt und gehoben zumal, wenn solche Zusätze aus dem lieben Gefilde der Heimat kommen und gewissermaßen in dem Accente der Landsmannschaft sprechen.

Die Bedeutung des Vertrauens, womit Sie mich beehren und beglücken, im ganzen Umfange erfassend und würdigend, hatte ich Ihnen aus tiefbewegter Seele meinen innigsten und wärmsten Dank ab.

Mit dem Ausdrucke unbegrenzter Hochachtung, Hochgeehrte Herren, Ihr ganz ergebener

Graz, 23. Jänner. Ant. Auersperg.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte.) Am 4. Februar: 1) Johann Pirz — wegen Todtschlag; 2) Theresia Kainersdorfer — wegen Betrug. Am 5. Februar: 1) Valentin Blagne — wegen Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens; 2) Johann Oman — wegen Diebstahl; 3) Michael Bezjan — wegen schwerer körperlicher Beschädigung.

Vermischte Nachrichten.

Die „Bresl. Ztg.“ erzählt: Der Sohn eines Breslauer's war vor ungefähr fünfzehn Jahren in österreichische Dienste getreten; im Jahre 1859 erhielt der in Breslau lebende Vater die Nachricht, der Sohn sei bei Solferino gefallen. Gleichzeitig ging dem Sohne die Nachricht von dem Tode des Vaters zu, der indeß nur schwer erkrankt war. Da der Oesterreicher schon lange vorher seine Mutter verloren hatte und mit anderen Verwandten nicht im Verlehr stand, so dachte er nicht daran, Zweifel in die Nachricht vom Tode seines Vaters zu setzen. Im Stadthauskeller in Breslau wird er (bei Gelegenheit des gegenwärtigen Durchmarsches) von einem Schauspieler gefragt, ob er etwa ein Schlesier sei, da er eigentlich, wie es ihm schiene, „breslauisch“ spreche. Der Oesterreicher nennt seinen Namen und erfährt, daß sein in Schauspielkreisen und auch sonst wohl bekannter alter Vater noch lebt. Nachts in der zwölften Stunde wurde der verloren geglaubte Sohn dem verloren geglaubten Vater noch in die Arme geführt. Die Scene des Wiedersehens läßt sich eher denken als beschreiben.

— Der Newyorker Korrespondent der „Nat. Ztg.“ berichtet nachträglich folgende Episode aus der Schlacht bei Chantanooga: Als dort der linke Flügel Grant's gegen den rechten Bragg's demonstirte, um Hooker's Operationen auf dem Lookoutberge zu erleichtern, erhielt die von Willich befehligte deutsche Ohio-Brigade Befehl, die Schießgräben des Feindes am Fuße der Missionary-Ridge zu nehmen. Dieß geschah vermittelst eines Bajonnetangriffs. Der Befehl war, lediglich diese Gräben zu behaupten. Allein dort angelangt, fand die Sturmkolonne, daß die Gräben von nicht weniger als drei Seiten — von vorn und auf beiden Flanken — von Batterien beschiessen wurden, welche an dem Abhange des Berges angelegt und vorher durch Gebüsch maskirt gewesen waren. Wenige Minuten genügte, das Gefährvolle der Lage erkennen zu lassen. Willich begriff, daß er entweder zurück oder dem ihm erteilten Befehl ungeborsam werden, und den Abhang erklimmen müsse. Rasch entschlossen, entschied er sich für das Letztere — das Lösungswort ging unter der, in den Schießgräben geduckten Mannschaft von Mund zu Mund, und plötzlich stürmte die Brigade unter wildem Hurrahschrei den steilen Berg hinan. Die Generale Grant und Sherman, die sich in geringer Entfernung befanden, wußten nicht, wie ihnen geschah; die übrigen Truppentheile blickten mit stummem Staunen auf das zugleich seltsame und großartige Schauspiel, welches sich ihnen bot. Fast 500 Fuß über den genommenen Schießgraben befand sich die Batterie, welche Tod und Verderben herabsiepte. Das flatternde Sternenbanner voran, kletterte die tapfere deutsche Schaar über Wurzeln, Felsen und Geröll den im Winkel von 45 Grad sich erhebenden Abhang hinan; — fort und fort rissen die Kugeln breite Lücken in ihre Reihen, doch durch nichts beirrt, ließ sie nur um so lauter ihr Fellogeschrei erschallen. Manche strauchelten und rollten ein Stück des Abhanges hinab; doch endlich erreichte die Mehrzahl die Batterie, und nun war das Uebrige das Werk weniger Augenblicke. Mit wildem Geschrei über die Brustwehr — Bajonnet und Kolben — Pardongeschrei der Rebellen — die Batterie war genommen, die zerlegte Fahne der Brigade wehte auf der Brustwehr. Mit strahlendem Auge wendet sich Sherman zu Grant: „Willich hat seinen Befehlen nicht gehorcht, aber er hat die Schlacht gerettet!“ Und als am Abend der Divisions-General Wood an der Fronte der Brigade entlang ritt, rief er den Braven im derben Soldatenscherz zu: „Kerle, ihr seid alle Meuterer, müßt alle vor's Artiegsgericht, und Gott strafe mich, ich muß gegen euch zeugen, daß ihr euch unterstanden habt, ohne Geheiß die festeste Batterie des Feindes zu nehmen.“

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Dresden, 30. Jänner. Die schleswig-holstein'schen Deputirten wurden heute Vormittags 10 Uhr vom Könige empfangen, begaben sich sodann zum Ministerpräsidenten v. Beust und reisten Nachmittags 3 Uhr von hier ab.

Leipzig, 30. Jänner. Ein Dresdener Telegramm der „Deutschen Allg. Ztg.“ meldet, der König von Sachsen habe der hollsteinischen Deputation gesagt: Er habe die Pflicht eines Bundesfürsten erfüllt und werde diese Linie nicht verlassen, die Rechte der Herzogthümer schützen, soweit es in seinen Kräften steht. Er hoffe, Deutschland werde einig sein und alles zu gutem Ende gelangen. Der König dankte für die gute Aufnahme der sächsischen Truppen.

Herr v. Beust sagte: er habe nicht Kabinettpolitik getrieben, sondern ehrlich und unerschrocken die Sache der Herzogthümer verteidigt. Zurückgeworfen erscheinend, werde er alles thun, um das ohne Schuld verlorene Terrain wieder zu gewinnen. Seine Macht sei klein, sein Muth desto größer.

Berlin, 30. Jänner. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet: Die Aufforderung des Feldmarschalls Wrangel an den dänischen Kommandanten zur Räumung Schleswigs ist ergangen. Die Antwort ist noch unbekannt.

Der Kronprinz reist heute nach Hamburg ab.

Berlin, 30. Jänner. Ein Leitartikel der „Norddeutschen Zeitung“ führt an, daß nach dem Drohartikel der „Morningpost“ eine englische Note ähnlicher Tendenz an die deutschen Großmächte gefolgt sei, welche von den gerechten Forderungen nicht weichen. England werde die Früchte seiner 35jährigen Politik ernten; daß alte England existire nicht mehr. Die Personalunion, als Garantie von Dänemark gefordert, genüge vielleicht nicht mehr, wenn die Ereignisse ausgebrochen.

Hamburg, 29. Jänner (Nachts.) „Dagbladet“ bringt einen Brief eines hochstehenden dänisch gesinnten Schweden, wonach der gesammte Staatsrath bereits zweimal seine Entlassung nehmen wollte, weil der König eine außerordentliche Reichsrathsberufung zur Bewilligung von Kriegsmitteln verlangt. Der Briefschreiber erklärt geradezu, daß das ganze schwedische Volk dem Staatsrathe beipflichte; nur der König, Prinz Oskar und einige junge Leute seien für den Krieg.

Hannover, 30. Jänner. Bei der hiesigen Deputirtenwahl wurde der liberale Redakteur v. der Horst mit 25 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Erminger v. Münchhausen erhielt 7 Stimmen.

Hamburg, 30. Jänner. Südsüdost-Wind. Barometer steigend. Zwei Grad Kälte. Das Eis schiebt sich zusammen, der Eisübergang ist sehr erschwert. Die seawärts heraufgekommenen Dampfboote sind zurückgegangen.

Die Berling'sche Zeitung vom 28. d. M. schreibt: Die Seemannschaft für 1864 wurde einberufen. Der Chef des norwegischen Kriegsdepartements wurde telegraphisch nach Stockholm berufen, um, wie es heißt, Verabredungen über das Ausrücken der norwegischen Truppen zu treffen.

Neudorf, 29. Jänner (Abends.) Die Dänen räumten das Kronwerk und ließen nur eine kleine Abtheilung für den Wachdienst und Zollschutz zurück. Sie retiriren überall vom Canal und von der Eiderlinie. General Bülow nimmt sein Quartier vorläufig in Sorgebrück.

Kiel, 29. Jänner (Abends.) Eine heute Mittags abgehaltene Versammlung Delegirter von circa 50 schleswig-holsteinischen Vereinen nahm das Statut einer Gesamtorganisation an und wählte als Ausschuß die Mitglieder: Wiggers, Graf Newentlow, Kömer, Rave, Ahlmann, Spethmann, Bokelmann.

Herzog Friedrich von Augustenburg geht auf eine Einladung des Kammerherrn v. Buchwald morgen auf einige Tage nach Neudorf im Oldenburgischen.

Kiel, 30. Jänner. Prinz Friedrich Karl ist gestern hier angekommen und heute mit dem Prinzen Albrecht ins Hauptquartier nach Bordschholm abgegangen.

Paris, 30. Jänner. Das Memorial diplomatique schreibt in seiner neuesten Nummer: „England verlaßt neuerdings dringend die Einberufung einer europäischen Konferenz zur Regelung der schleswig-holsteinischen Frage. Frankreich erklärt jedoch, daß es keinerlei direktes Interesse habe, gegen Deutschland zu interveniren, dessen Bestrebungen bestimmt sind, das vom Kaiser Napoleon unterstützte Nationalitäten-Prinzip zur Geltung zu bringen.“ (Pr.)

Paris, 30. Jänner. Der „Moniteur“ meldet: Der auf das Anlehen subscribirte Betrag belauft sich auf 219,321,536 Francs Rente. 2 1/2 Millionen betragen die unreduzirbaren Subscriptionscheine. Die anderen Subskribenten werden 5 1/2 Prozent für je 100 der gezeichneten Summe erhalten. Die Hilfsquellen des Schatzes gestatten unverzüglich die Berechtigung zur Vorauszahlung zu suspendiren.

Der „Moniteur“ sagt: Es ist falsch, daß die Bank von Frankreich 50 Millionen von der Wiener Bank ausleihen will.

Kopenhagen, 29. Jänner. Heute verließ eine größere Truppenmasse die Hauptstadt zur See. Der König sagte zu den abziehenden Truppen: „Ich wünsche Euch Glück und Segen und ich

bin überzeugt, Ihr werdet in einem etwaigen Kriege so tapfer kämpfen, als Eure älteren Kameraden.“ Der König wurde mit großem Jubel vom Volk und den Truppen empfangen.

London, 30. Jänner. „Morning-Post“ glaubt, daß Rußland, Frankreich und Schweden sich bereit erklärten, dem englischen Vorschlage auf gemeinsame Anerkennung der Integrität Dänemarks beizustimmen. Derselbe Vorschlag sei den deutschen Großmächten gemacht worden und seine Annahme bildet in Berlin eine Kabinettsfrage.

Markt- und Geschäftsbericht.

Laibach, 30. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 6 Wagen mit Getreide, 8 Wagen mit Heu und Stroh, 47 Wagen mit Holz, und 11 Meßen Erdäpfel.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Meßen fl. 5.23 (Magazin-Preis fl. 5.71); Korn fl. 3.30 (Mg. Pr. fl. 3.59); Gerste fl. — (Mg. Pr. fl. 3.6); Hafer fl. 2.29 (Mg. Pr. fl. 2.42); Halbfucht fl. — (Mg. Pr. fl. 3.97); Weiden fl. 2.50 (Mg. Pr. fl. 2.60); Hirse fl. 2.90 (Mg. Pr. fl. 3.2); Kukuruz fl. — (Mg. Pr. fl. 3.66); Erdäpfel fl. 1.50 (Mg. Pr. fl. —); Linsen fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Biscuolen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund kr. 55; Schweineschmalz kr. 38; Speck, frisch kr. 24, detto geräuchert kr. 38; Butter kr. 50; Eier pr. Stück kr. 2 1/2; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 22, Kalbfleisch kr. 22, Schweinefleisch kr. 22, Schöpfenfleisch kr. —; Händel pr. Stück kr. 25, Tauben kr. 16; Heu pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.50, Stroh kr. 70—90; Holz, hartes 30“, pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mg. Pr.) rother und weißer, pr. Eimer fl. 10 bis 15.

Theater.

Heute Montag: Geschlossen. Morgen Dienstag: Ein Wiener Freiwilliger. Lebensbild mit Gesang in 2 Akten und 1 Vorspiel, von Anton Langer. Herr Lieberth vom k. k. priv. gräflich Starbelschen Theater in Lemberg als Gast.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

Börsenbericht.

Wien, den 30. Jänner

Die Börse eröffnete in lauer Haltung, schloß jedoch auf die Nachrichten aus dem Abgeordnetenhaus in besserer Stimmung. Wechsel auf fremde Plätze gingen in Folge davon um circa 1/10% zurück und schlossen sich genau zu den gestrigen Notizen. Gold und Silber, ebenfalls im Laufe des Geschäftes rückgängig, blieben nur noch um einen kleinen Bruchtheil theurer als gestern. Für Fondspapiere mehr Frage als in den Vortagen, und namentlich auf Konvertirte in österreichischer Währung National-Anlehen und einige Sorten Grundentlastungs-Obligationen besseres Gedeihen. Sehr fest zeigen sich 1860er-Lose und Nordbahn-Aktien. Bank- und Kredit-Aktien konnten ihre Kursverluste nicht vollständig einholen, matt blieben Dampfmaschinen-Aktien. Geld flüchtig im Colompe, und im Leihgeschäft erst am Schlusse begehrt.

Table with columns: Öffentliche Schuld, A. des Staates (für 100 fl.), B. der Kronländer (für 100 fl.), and various interest rates and values.

Table with columns: Geld Waar, and various market values for different regions and currencies.

Table with columns: Geld Waar, and various market values for different regions and currencies.

Table with columns: Geld Waar, Wechsel, Cours der Goldsorten, and various market values for gold and exchange rates.

Lottoziehungen am 30. Jänner. Wien: 87 90 55 5 27. Graz: 14 9 73 25 35.

Fremden - Anzeige.

Stadt Wien. Die Herren: Cohen, Kaufmann, von München. — Mohr, Fabrikant; Pollak, Lemberger, Wagnhofer und Tannenberger, Kaufleute, von Wien. — Florianttschitzky, Realitätenbesitzer, von Plawina. Elephant. Die Herren: Dreifner, Kaufmann, von Frankfurt a.M. — Dr. Kayler, und Svetek, F. F. Advokat, von Gottschee. — Tritsch und Mose, von Wien. — Tischmann, Handelsmann, von Czajahurn. — Georg, Gutsherr, von Marau. — Mazzufato, Handelsmann, von Triest. Baierscher Hof. Herr Heller von Feldbach.

Sternwarte. Herr Keil, Privat, von Gursfeld. Wohnen. Herr Faleschini, Maurermeister, von Neustadt. Stadt Wien. Herr Kranabeter, k. k. Beamter, von Pola. Elephant. Die Herren: Graf Scherinsky und Bloch, Kaufmann, von Wien. — Simon, Gutsherr, aus Unterkrain. — Mahorzhizh von Divaga. Baierscher Hof. Herr Aehn, Handelsmann, von Agram.

(214-1) Aviso für Hausbälle etc. Gefertigte empfehlen sich als Zuber, chromatische Harmonika und Guttare, Spieler gegen billige Bedingungen. Auskunft im Gasthause „zur neuen Welt“. Götz & Christ aus Wien.

(217-1) Wohnungs-Ankündigung. Im Hause Nr. 14 an der Karlsstädter Linie sind mehrere schöne Wohnungen mit 2 und 3 Zimmern, entweder mit oder ohne dem schönen Gartengarten, dann 1 Stall für 2 Pferde je wie 2 geräumige Gewölbe, geeignet zu verschiedenen Spekulationen, für kommenden Georgi zu vermieten. Das Nähere ertheilt der Hauseigen thümer am St. Jakobsplatz Nr. 147. (189-2) Wohnung. Im Hause Nr. 223 am Kundschaffsplatz sind mehrere schöne Wohnungen zu vermieten. Nähere Auskunft im 1. Stock.

Lose à 50 kr., auf 5 Lose 1 Freilos. Ziehung am 9. Februar, Treffer 1000 Dukaten in Gold, 2 à 200 Dukaten, 2 à 100 Dukaten-Silbergeld, Goldschmuck, kunstvolle Gegenstände von Porzellan, Bronze etc. Joh. C. Sothen in Wien. Derlei Lose sind zu haben bei allen k. k. Steuerämtern, Postämtern, sowie bei den bekannten Losverschleißern. In Laibach besonders bei Joh. Ev. Wutscher.